

## **Stellungnahme der Supermarkt-Initiative zur beantragten Ministererlaubnis für die Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch Edeka**

---

### **Einleitung**

---

Die Supermarkt-Initiative ist ein Netzwerk von 25 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, bäuerliche Landwirtschaft, Menschenrechte sowie Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, dass der Missbrauch von Nachfragemacht zu Lasten von Arbeitnehmer/innen und Produzenten in Deutschland, der EU und in Übersee aufgedeckt und begrenzt wird. Zudem fordert die Initiative die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards in der gesamten Lieferkette.

Die Supermarkt-Initiative hat die Entscheidung des Bundeskartellamts, die Übernahme der Supermarktkette Kaiser's Tengelmann durch Edeka zu untersagen, sehr begrüßt. Sie ist der Auffassung, dass die Voraussetzungen der Erteilung einer Ministererlaubnis nicht vorliegen. Die Wettbewerbsbeschränkung mit Nachteilen für Verbraucher/innen und Lieferanten wird weder von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen des Zusammenschlusses aufgewogen noch ist der Zusammenschluss durch ein überragendes Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt.

Im Gegenteil: Durch den Zusammenschluss wird das Interesse der Allgemeinheit eher gefährdet, da bereits vor der Übernahme Filialen geschlossen und Arbeitsplätze abgebaut werden sollen und durch die Konzentration auf den Beschaffungsmärkten auch die Existenz zahlreicher Lieferanten bedroht ist.

---

### **Gesamtwirtschaftlicher Vorteil und Interesse der Allgemeinheit**

---

Ein gesamtwirtschaftlicher Vorteil ist für uns nicht ersichtlich. Angesicht von insgesamt rund 37.000 Lebensmittelläden in Deutschland droht selbst im Falle der Schließung der 451 zu übernehmenden Filialen keine Unterversorgung mit Lebensmitteln. Im Gegenteil: Es drohen gesamtwirtschaftliche Nachteile durch fusionsbedingte Preiserhöhungen. Denn je größer die Marktmacht der Lebensmitteleinzelhändler, desto einfacher ist es für sie, die Verbraucherpreise zu erhöhen.

Es besteht auch kein überragendes Interesse der Allgemeinheit. Denn die Übernahme sichert voraussichtlich nicht mehr Arbeitsplätze als eine Einzelabwicklung. Eine Einzelabwicklung würde ungefähr 8000 Stellen – die Hälfte der aktuell 16 000 Stellen bei Kaiser's-Tengelmann – bedrohen. Im Falle einer Übernahme durch Edeka wiederum sollen nach Einschätzung von Experten jedoch auch mindestens 2000 gestrichen werden. Zudem kritisieren Gewerkschaften schon seit Langem die schlechte Wahrung von Arbeitnehmer-Rechten bei Edeka.

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge gibt es alternative Übernahme-Kandidaten wie die schweizerische Kette Migros. Diese möchte die regionalen Teilnetze übernehmen und einen Großteil der Arbeitsplätze sichern. Dies wäre aus Oxfam-Sicht eine bessere Alternative als eine Übernahme von Edeka, weil sie die zunehmende Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel nicht zusätzlich verstärken würde.

Die beantragte Edeka-Kaiser's-Fusion dagegen gefährdet das Interesse der Allgemeinheit. Erstens drohen Nachteile für Verbraucher/innen durch erhöhte Preise und eine geringere Produktauswahl. Zweitens besteht durch die Existenzbedrohung von Lieferanten in Deutschland und Übersee die Gefahr eines maßgeblichen Arbeitsplatzabbaus. Durch den Wegfall von Tengelmann würde eine wichtige Absatzalternative zu den großen der Branche (Edeka, Rewe und die Schwarzgruppe) wegfallen. Damit würde sich deren Stellung zu Lasten der übrigen Händler und der Lieferanten verstärken.

Wie das Missbrauchsverfahren zu Edeka vor dem Bundeskartellamt mit Aktenzeichen B2-58/09 „Anzapfverbot“ gezeigt hat, kann steigende Marktmacht zu deren Missbrauch in Form von unfairen Einkaufspraktiken wie zum Beispiel zwingenden Sonderzahlungen durch Lieferanten führen. Hinzu kommt, dass auch die Produzenten und Arbeitnehmer/innen aus Übersee vom Missbrauch der Marktmacht der führenden Einzelhändler in Deutschland betroffen sind. Dies haben unter anderem Studien der Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam zu Bananen aus Ecuador (Vgl. „Billige Bananen“, 2014; Bittere Bananen, 2011) belegt. Der massive Preis- und Kostendruck deutscher Supermarktketten auf ihre Lieferanten führt in Ecuador zur Unterbietung des gesetzlichen Mindestpreises für Bananen und bedroht die Existenz von Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Plantagenarbeiter/innen und deren Familien. Konkret bedeutet dies, dass die Arbeiter in einigen ecuadorianischen Betrieben zum Beispiel aufgrund des massiven Preisdrucks nicht einmal Schutzkleidung beim Einsatz von Pestiziden bekommen.

---

#### Schlussfolgerung

---

Eine Ministererlaubnis sollte nicht erteilt werden. Die durch sie ermöglichte Fusion droht das Interesse der Allgemeinheit zu gefährden.

Berlin, den 30. Juli 2015  
Gez. Dr. Franziska Humbert  
Oxfam Deutschland